

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبان های اروپایی

Von Michael Streitberg

Sender: M. Mandl

03.12.2017

## Staat gegen Arbeiter

**Südkorea: U-Bahn-Beschäftigte streiken. Präsident des Gewerkschaftsdachverbands KCTU noch immer im Gefängnis**



Kämpferischer Gewerkschafter: Polizisten nehmen am 10. Dezember in Seoul KCTU-Chef Han Sang Gyun fest

Foto: YANG JI-WOONG/EPA

Mit dem Zug in die Hölle: Was wie der Titel eines billigen Horrorfilms klingt, ist für die Beschäftigten im Nahverkehr in Südkoreas Hauptstadt Seoul bittere Realität. Miserable Arbeitsbedingungen sowie permanente Überlastung in den Zügen und an den Bahnsteigen der Linie 9 bringen Bahnarbeiter und Passagiere in Gefahr. Die Gewerkschaft KPTU, Teil

des Koreanischen Verbands der Gewerkschaften (KCTU), ist daher am Donnerstag in den Streik getreten.

Die »Höllensacke« müsse in eine »sichere Strecke« verwandelt werden, forderten die Gewerkschafter, die einen langen Demonstrationszug durch die Innenstadt von Seoul bildeten, in einer Erklärung. Bereits am 27. November hatten Bahnfahrer mit koordiniertem »sicherem Fahren« (einem Arbeitsrhythmus, der das gewissenhafte Betreiben der Anlagen zulässt) für Zugverspätungen gesorgt.

Die Betreibergesellschaft RATP Dev Transdev, Joint Venture eines öffentlichen und eines privaten Verkehrsunternehmens aus Frankreich, wollte den Forderungen der Beschäftigten kein Gehör schenken: Laut Angaben der KCTU wurden am Tag des Arbeitskampfes unzureichend ausgebildete Streikbrecher eingesetzt – wiederum zu Lasten der Sicherheit für die Arbeiter und die Fahrgäste. Die Gewerkschaft könnte nun vor einer längeren Auseinandersetzung stehen.

Im Gegensatz zum »sozialpartnerschaftlich« orientierten Dachverband FKTU handelt es sich bei der KCTU um eine kämpferische Arbeiterorganisation. Sie hatte – nach letzten Zahlen – im Jahr 2015 über 690.000 Mitglieder. Sie wurde 1995 von Aktivisten gegründet, die eine Alternative zur FKTU aufbauen wollten, die bereits seit 1960 existiert. Unter der Militärdiktatur Park Chung Hee war sie die einzige legale Gewerkschaft.

Mit der schrittweisen Demokratisierung des Landes in den 1990er Jahren fand die Repression gegen die Arbeiterbewegung kein Ende. Insbesondere die KCTU ist immer wieder Ziel staatlicher Gewalt. Ihr Präsident, Han Sang Gyun, wurde im Dezember 2016 zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Sein Vergehen: Er und seine Gewerkschaft hatten im Jahr zuvor öffentliche Proteste gegen die damalige rechtskonservative Regierung unter Präsidentin Park Geun Hye organisiert. Nachdem die Polizei am 14. November 2015 friedliche Teilnehmer einer wegen angeblicher Verkehrsbehinderungen verbotenen Demonstration angegriffen hatte, war es zu Ausschreitungen gekommen. Mit seinem Ausruf »Vorwärts zum Präsidentenpalast« soll sich Han zudem der »Anstiftung zur Gewalt« schuldig gemacht haben. Auch KCTU-Generalsekretärin Lee Young Joo steht unter Hausarrest, andere Funktionäre befinden sich nach wie vor in Haft.

Beschäftigtenverbände auf der ganzen Welt fordern Hans Freilassung. Eine entsprechende Erklärung hat etwa die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, auf ihrem letzten Kongress in Genf vom 26. Oktober bis 9. November verabschiedet. Die US-amerikanische Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) solidarisierte sich in einer Erklärung vom 12. Oktober mit Han, den anderen inhaftierten KCTU-Funktionären und ihrem »Widerstand gegen das Park-Regime«. Die AFL-CIO, der größte Gewerkschaftsdachverband der USA, verlieh Han im November seinen jährlich vergebenen Menschenrechtspreis.

In Südkorea wächst derweil die Hoffnung, dass der seit Mai amtierende liberale Präsident Moon Jae In für Hans Freilassung sorgen könnte. Moons Regierung hatte vor einigen Tagen verkündet, über die Begnadigung einiger im Zuge von politischen Demonstrationen inhaftierter Gefangener nachzudenken. Die rechtskonservative Opposition reagierte mit wütendem Protest: Wie die südkoreanische Zeitung Dong-a Ilbo am Dienstag berichtete, wettete der Sprecher der »Freiheitspartei« gegen die Freilassung »gewalttätiger Krimineller« und kündigte parlamentarischen Widerstand gegen Moons Vorhaben an.